

MATERIALIEN

Die zwangsweise Vereinigung von KPD und SPD.

Eine Argumentation der Grundwertekommission beim Vorstand der SPD.



C90-1774

Inhalt

Seite

Vorwort	3
----------------------	----------

Zwangsvereinigung

1. Das Ideal der Einheit der Arbeiterbewegung . . .	4
2. Die erzwungene Vereinigung von SPD und KPD	4
3. Die Entwicklung der SED zu einer „Partei neun Typus.....	5
4. Die Blockparteien	6
5. Zur Beurteilung des Verhaltens der SPD der Westzonen	6

Vorwort

Die zwangsweise Vereinigung von KPD und SPD zur SED oder, wie Willy Brandt es nennt, die „Gefangennahme“ der SPD durch die SED, ist seit der Wende in der DDR wieder neu in die Diskussion geraten. Immer wieder wird behauptet, die Vereinigung sei so zwanghaft gar nicht gewesen. Trotz der großen Zahl von Sozialdemokraten, die auf Grund ihres Widerspruchs gegen die gewaltsame Ausschaltung der SPD durch die SED gemäßregelt, inhaftiert oder sogar getötet wurden, wird der Sozialdemokratie immer wieder eine Mitverantwortung für die SED-Diktatur zugeschoben. Nicht immer wird der Sachverhalt so fair dargestellt, wie dies Friedrich-Karl Fromme in der FAZ vom 9. Juni 1990 getan hat: „Denn 1946 wurde die in den damaligen Besatzungszonen wiedergegründete KPD in der Sowjetzone unter Druck und Zwang mit der SPD zur SED vereinigt, genauer, die KPD hat sich durch Einverleiben der SPD unter dem Schutz der Besatzungsmacht in die Ausgangsposition gebracht, als SED die ganze Macht zu übernehmen und sie dauerhaft auszuüben!“

Die Grundwertekommission beim Vorstand der SPD hat deshalb dankbar eine Ausarbeitung ihres Mitglieds Prof. Dr. Susanne Miller aufgegriffen und sich zu eigen gemacht, in der die wichtigsten Ereignisse, Strömungen, Fakten und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Zwangsvereinigung dargestellt werden. Die Ausarbeitung macht deutlich, daß es wohl nach dem Terror des Dritten Reiches auch in der SPD Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab, daß diese Hoffnungen aber ganz eindeutig darauf zielten, die Menschenrechte zu sichern, die so

brutal verletzt worden waren. Es wird gleichfalls deutlich, wie konsequent die Führung der SPD unter Kurt Schumacher die Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnte, und zwar aus der Überzeugung, „daß die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und der Regeln der parlamentarischen Demokratie die Voraussetzung einer politischen Kooperation bilden müßte“.

Auch wenn heute nicht alle Entscheidungen Kurt Schumachers unkritisch betrachtet werden können: Freiheit und Demokratie waren für ihn höhere Güter als die Einheit der Arbeiterbewegung, sie standen auch über Schumachers Leidenschaft für die Einheit Deutschlands.

Erhard Eppler

Zwangsvereinigung

1. Das Ideal der Einheit der Arbeiterbewegung

Seit dem Zusammenschluß von Lassalleanern und „Eisenachern“ (den Anhängern von August Bebel und Wilhelm Liebknecht) im Jahre 1875 hatte die deutsche Sozialdemokratie trotz innerparteilicher Auseinandersetzungen und Richtungskämpfe ihre organisatorische Einheit bis 1916/17 bewahrt. Sie zerbrach im Ersten Weltkrieg an unüberbrückbaren politischen Gegensätzen, die durch folgende Stichworte ganz grob gekennzeichnet werden können: Für die Mehrheit der SPD und fast alle Gewerkschaften: Bewilligung der Kriegskredite, Einhaltung des innenpolitischen Burgfriedens für die Dauer des Krieges. Für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, USPD und Spartakusgruppe: Verharren in der Rolle einer grundsätzlichen, international orientierten Opposition. Im Rückblick auf die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Kriege erklärte ihr Parteivorsitzender Otto Wels 1925: „Wir haben unserem Volk das größte Opfer gebracht, das je eine Partei bringen konnte, die Einheit der Partei!“

Nach Ende des Ersten Weltkrieges kam es zur Zusammenarbeit zwischen Mehrheitssozialdemokratie und USPD, die aber schon nach einigen Wochen im Streit endete. Durch die Gründung der KPD und ihre zunehmende Abhängigkeit von Moskau wurden die Konflikte innerhalb der linken Arbeiterbewegung weiter verschärft. Sie wurde dadurch - zusätzlich zu anderen Faktoren - so geschwächt, daß sie der Instabilität der Weimarer Republik nicht ausreichend entgegenwirken konnte. Ein gemeinsamer Kampf von SPD und KPD gegen den Nationalsozialismus wurde selbst in der Endphase der Republik nicht geführt.

Während der NS-Diktatur entstand menschliche Solidarität zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, politisch stimmten sie aber fast nur in ihrer Feindschaft gegen das NS-Regime überein. Bei vielen von ihnen löste jedoch die Erfahrung der katastrophalen Niederlage der Arbeiterbewegung und der grausamen Verfolgung ihrer Mitglieder die Überzeugung aus, daß nach dem Sturz des NS-Regimes die Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden müsse. Diesem Gedanken hatte bereits das „Prager Manifest“ des SPD-Exilvorstandes vom Januar 1934 Ausdruck gegeben. Es hatte im Exil aber keine nachhaltige Wirkung. Vor allem die Moskauer Schauprozesse und das Verhalten der Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg schreckten auch

frühere Befürworter einer Einheitsfront von einer Zusammenarbeit mit Kommunisten ab. Am Versuch, im Pariser Exil eine Volksfront unter dem Vorsitz von Heinrich Mann zu schaffen, beteiligten sich nur einige Sozialdemokraten. In London gelang es den Mitgliedern des SPD-Exilvorstands, Hans Vogel und Erich Ollenhauer, während des Zweiten Weltkriegs die „Union Deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ ins Leben zu rufen; Kommunisten gehörten ihr ausdrücklich nicht an. Die meisten Mitglieder der in der „Union“ zusammengeschlossenen Organisationen traten nach dem Krieg in die SPD ein.

Während die Besatzungsmächte in den Westzonen die Genehmigung für die Gründung politischer Parteien hinausögerten, bildeten sich dort - oft durch sozialdemokratische Initiative - Aktionskomitees mit Sozialdemokraten und Kommunisten als Mitglieder, meist als „Antifaschistische Ausschüsse“ bezeichnet. Sie hatten durchweg eine nur kurze Lebensdauer aus verschiedenen Gründen: Verbot durch die Besatzungsbehörden, negative Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunisten, Selbstauflösung, weil die unmittelbaren Aufgaben erfüllt waren.

2. Die erzwungene Vereinigung von SPD und KPD

Durch den „Befehl Nr. 2“ hat die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) „die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien“ in ihrem Machtbereich erlaubt. Daraufhin erließen am 11. Juni 1945 das Zentralkomitee der KPD und am 15. Juni 1945 der Zentralausschuß (ZA) der SPD in Berlin Gründungsaufträge. Die Sozialdemokraten traten in diesem Aufruf für die organisatorische Einheit mit den Kommunisten ein; in der Sozialdemokratie, auch in den Westzonen, traf der Gedanke der Einheitspartei durchaus auf Resonanz, die allerdings mehr emotional als politisch-programmatisch begründet war. Der KPD-Aufruf enthielt dagegen ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und forderte die Errichtung eines „antifaschistisch-demokratischen Regimes“ mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk.

Obwohl die KPD, im Gegensatz zur SPD, von der SMAD in jeder Beziehung massiv unterstützt wurde, erreichte die SPD in ihren traditionellen Zentren ihre ehemalige

Stärke, baute trotz aller Behinderungen ihre Organisation und in einigen Gebieten ihre Presse auf und gewann soviel Selbstbewußtsein, daß im September 1945 Otto Grotewohl, der Vorsitzende des ZA, einen eigenständigen Führungsanspruch der SPD zum Ausdruck brachte.

An der von Kurt Schumacher, dem führenden Mann der SPD im Westen, für den 5. und 6. Oktober 1945 nach Wennigsen bei Hannover einberufenen Konferenz nahmen Delegierte aus den drei Westzonen und als Gäste Vertreter des Berliner Zentralausschusses und des Londoner Exil Vorstandes der SPD teil. Schumacher setzte sich mit seiner Entscheidung durch, dem Berliner ZA eine Zuständigkeit nur für die Sowjetische Besatzungszone zuzugestehen, was Grotewohl und die anderen ZA-Mitglieder enttäuschte und ihre Position schwächte.

Kurz vor der Wennigser Konferenz hatten die Kommunisten ihre Taktik geändert. Wahrscheinlich wegen der zunehmenden Resonanz, die Sozialdemokraten in der SBZ fanden - der so entstandene Eindruck wurde später noch verstärkt durch die Wahlniederlagen der Kommunisten in Österreich und in Ungarn -, waren es nun die SMAD und die KPD, die auf die organisatorische Verschmelzung mit der SPD drängten. Die ihnen reichlich zur Verfügung stehenden Mittel setzten sie ein, um auf die Sozialdemokraten Druck auszuüben. Die Reaktion der Sozialdemokraten in der SBZ war eine wachsende, jedoch nicht einmütige Ablehnung des Zusammenschlusses mit den Kommunisten. Ein vom Berliner ZA-Mitglied Erich Gniffke unternommener Versuch, in einem Gespräch mit Schumacher die Unterstützung der Westzonen-SPD für den ZA zu gewinnen, um dessen Position gegenüber den Kommunisten zu stärken, blieb erfolglos.

Einen entscheidenden Schritt zur organisatorischen Verschmelzung bildete die von den Kommunisten initiierte Konferenz in Berlin am 20./21. Dezember 1945, die von je dreißig Vertretern der SPD und der KPD beschickt wurde, die „Sechziger Konferenz“. Grotewohls Beschwerde über den „undemokratischen Druck“ auf die Sozialdemokraten und seine Erklärung, daß erst nach „vorbehaltloser Aufgabe aller unzulässiger Einflußnahme auf die SPD“ der ZA zur Vorbereitung der Einheit in der Lage sei, wurden nicht von allen SPD-Delegierten unterstützt. Die auf der Konferenz offensichtlich gewordenen Meinungsverschiedenheiten unter den Sozialdemokraten trugen dazu bei, daß die Kommunisten ihre Resolution für eine baldige Vereinigung beider Parteien mit einigen Konzessionen an die Sozialdemokraten durchbringen konnten.

Einen Versuch, die Absichten der KPD zu durchkreuzen, unternahm die SPD in Berlin. In einer Urabstimmung, die im Ostsektor der Stadt vom sowjetischen Stadtkommandanten verboten wurde, legte sie ihren Mitgliedern zwei Fragen vor: „Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?“. Dies wurde von 82,2 % der Abstimmenden (23 755 Sozialdemokraten) verneint. Hingegen bejahten 62,1 % die Frage: „Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?“ Dieses Ergebnis einer Abstimmung von Sozialdemokraten, die nicht wie in der SBZ unter Pressionen und Bedrohungen standen, zeigte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kommunisten, wenn die SPD dabei ihre Eigenständigkeit und Gleichberechtigung wahren könnte.

Der sozialdemokratische Widerstand gegen eine organisatorische Vereinigung mit der KPD entsprach so sehr einer weitverbreiteten Stimmung, daß sich die Zahl der SPD-Mitglieder in der SBZ und in Berlin von 376000 Ende Dezember 1945 bis Ende März 1946 auf 680000 erhöhte. Die Stabilisierung der Sozialdemokratie als führende politische Kraft verstärkte die Entschlossenheit der Kommunisten, mit Hilfe der Besatzungsmacht den Einfluß der SPD auszuschalten. Am 21./22. April 1946 fand in Berlin der Vereinigungsparteitag statt, also die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), und damit das Ende der SPD in der SBZ/DDR. Nur im Ostsektor Berlins bestand sie bis 1961 weiter.

3. Die Entwicklung der SED zu einer „Partei neuen Typus“

Zwischen Dezember 1945 und April 1946 wurden nach einer Mitteilung von Erich Ollenhauer aus dem Jahre 1961 „mindestens 20 000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch für sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet“. Nach der Gründung der SED wurden die Verfolgungen fortgesetzt und verstärkt.

Sozialdemokratischer Einfluß wurde mehr und mehr zurückgedrängt und schließlich völlig ausgeschaltet. Sozialdemokraten, die anfangs zu den eifrigsten Wortführern der Einheit der Arbeiterbewegung gehörten wie Hermann L. Brill, Gustav Dahrendorf, Erich Gniffke mußten nach dem Westen flüchten, weil sie in der SBZ/DDR nicht mehr wirken konnten und sich persönlich gefährdet fühlten. „Sozialdemokratismus“ wurde von den Kommuni-

sten als eine verwerfliche Gesinnung gebrandmarkt und mit Maßnahmen bestraft, die denen der Nazis sehr ähnlich waren. So hatten Sozialdemokraten nur die Wahl, die SBZ bzw. DDR zu verlassen - was nach dem Mauerbau sehr schwierig wurde -, sich aus dem öffentlichen Leben völlig zurückzuziehen - soweit dies möglich war -, oder sich dem Regime anzupassen.

Von 1948 an wurde die SED eine bolschewistische „Partei neuen Typus“; die, von den Organisationsprinzipien und den ideologischen Grundsätzen des Bolschewismus geleitet, die „führende Rolle“ der KPdSU bedingungslos akzeptierte. Dies als stalinistische Entartung des Marxismus-Leninismus zu bezeichnen, wäre verfehlt. Denn die Anforderungen, die an die „Partei neuen Typus“ gestellt wurden, stimmten weitgehend mit den 1920 von Lenin erlassenen einundzwanzig Bedingungen für den Anschluß einer Partei an die Kommunistische Internationale überein. In diesen „Bedingungen“ wurde das „Prinzip des demokratischen Zentralismus“, das heißt die bedingungslose Unterwerfung der kommunistischen Parteien unter das Diktat der Moskauer Zentrale, festgelegt. Es verlangte u. a. die Entfernung aller „reformistischen“ Kräfte; eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Betriebsräte und anderer Massenorganisationen; die Beseitigung von allen „unzuverlässigen Elementen“ aus den Parlamentsfraktionen; und „von Zeit zu Zeit“ vorzunehmende „Säuberungen“ (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer „Parteiorganisation“.

4. Die Blockparteien

Ende Juni/Anfang Juli 1945 sind in der SBZ die CDU und die LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) zugelassen worden. Am 14. Juli 1945 wurde der „Block der Antifaschistisch-Demokratischen Parteien“ gegründet, dem SPD, KPD, CDU und LDP angehörten. Es wurde festgelegt, daß ihr Ausschuß Beschlüsse nur einstimmig fassen dürfe. Nach und nach wurde der „Block“ um die „gesellschaftlichen Massenorganisationen“ - Bauernvereinigung, Frauenbund, Kulturbund, Gewerkschaften, FDJ, sämtlich von der SED geführt - erweitert. Im Frühjahr 1948 kamen zwei weitere Parteien, die Nationaldemokratische Partei und die Demokratische Bauernpartei, hinzu. Diese Parteien hatten, so Hermann Weber (Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980, S. 58), eine Alibifunktion: Verschleierung der kommunistischen Einparteienherrschaft und Vortäuschung einer pluralisti-

sehen Demokratie, eine gesamtdeutsche Funktion: Kontakte zum Westen und eine Transmissionsfunktion: Verbreitung der Vorstellungen der SED in anderen Bevölkerungsgruppen, z. B. durch die CDU in christlichen Kreisen.

Es gab in diesen Parteien Menschen und Gruppen, die der Diktatur der SMAD und der KPD/SED Widerstand zu leisten versuchten, aber Führungspositionen erreichten und behielten nur diejenigen, die bereit waren, sich dem SED-Regime zu unterwerfen: In der SPD/SED Otto Grotewohl, in der CDU Otto Nuschke, in der LDP Wilhelm Külz. Die Blockparteien bildeten kein Korrektiv zur SED. Sie wurden von ihr vereinnahmt und in ihre menschenverachtenden, repressiven Praktiken verstrickt. Parteipolitiker, die sich dem widersetzten, wurden entweder zur Flucht gezwungen oder jahrelang unter furchtbaren Bedingungen eingekerkert.

5. Zur Beurteilung des Verhaltens der SPD der Westzonen

War Kurt Schumachers entschiedene Haltung gegenüber dem Berliner ZA und der SPD in der SBZ von Anfang an richtig? Diese Frage ist in der historisch-politischen Diskussion umstritten, und es gibt wohl keine eindeutigen und generell überzeugenden Antworten auf sie. Sicher ist, daß Schumachers strikte Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Kommunisten seiner Überzeugung entsprang, daß die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und der Regeln der parlamentarischen Demokratie die Voraussetzung einer politischen Kooperation bilden müßte. Die Politik der Sowjetunion und der KPD seit ihrer Gründung stand in krassem Gegensatz zu dieser Voraussetzung. Schumachers Beurteilung der Kommunisten und die Konsequenzen, die er aus ihr zog, wurden fast ausnahmslos von der gesamten SPD im Westen geteilt und unterstützt, auch von denen, die zunächst die Schaffung einer Einheitspartei angestrebt hatten. Schumachers Grundauffassung vom untrennbaren Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus führte ihn zur Aufgabe der Einheit der Partei um der Freiheit willen, noch bevor die Einheit Deutschlands in Frage gestellt war. Erst durch den Trennungsstrich gegenüber dem Osten erschien es ihm und der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokraten möglich, ein politisch-programmatisches und politisch-strategisches Fundament zu schaf-

fen, von dem aus die deutsche (und die europäische) Einheit zu erstreben war.

Selbst eine kritische Beurteilung von Schumachers Verhalten im einzelnen kann nicht bedeuten, daß er die SPD-KPD-Fusion hätte vereiteln, die Existenz der SPD im sowjetischen Machtbereich retten und damit die Einparteidiktatur in der DDR hätte verhindern können. Die Entwicklung, die sich in der SBZ/DDR vollzog, hätte durch eine andere Politik Schumachers und der West-SPD höchstens verzögert, nicht aber abgewendet werden können. Was Schumacher in bezug auf seine Partei offenbar für aussichtslos hielt und darum unterlassen hat, wurde von den CDU-Mitgliedern Johan Baptist Gradi, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer für ihre Partei versucht: sie gesamtdeutsch und dem SMAD/KPD-Druck gegenüber resistent zu gestalten. Es ist ihnen völlig mißlungen, und sie selber wurden in den Westen getrieben. Wichtiger

noch als diese Erfahrung ist die Tatsache, daß 1948/49 in allen Staaten im sowjetischen Machtbereich eine brutale, von Schauprozessen, Hinrichtungen und Einkerkern begleitet Bolschewisierung betrieben wurde. Sie hat vor der SBZ nicht haltgemacht. Daß dort keine Schauprozesse stattfanden, lag wahrscheinlich daran, daß die SED Rücksicht auf den Eindruck in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik nahm und die Chancen der dort agierenden KPD nicht noch weiter verschlechtern wollte.

Die Haltung der sozialdemokratischen Führung zur Zeit Kurt Schumachers zeigt, wie konsequent Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit den Wünschen nach politischer Einheit der Arbeiterbewegung übergeordnet wurden. In der sowjetisch besetzten Zone wurden die Sozialdemokraten Opfer des bolschewistischen Zugriffs auf die ungeteilte Macht.